

"Eine im Osten lang ersehnte Wiedervereinigung" in Libération (17. April 2003)

Legende: Nach der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags von zehn neuen Mitgliedstaaten am 16. April 2003 in Athen unterstreicht die französische Tageszeitung Libération die besondere Bedeutung der fünften Erweiterungsrunde der Europäischen Union. Um sich endgültig von ihrer kommunistischen Vergangenheit zu befreien und dem freien Europa erneut anzugehören, haben die neuen osteuropäischen Demokratien schwierige Übergangsphasen auf sich genommen, die von der Reform ihrer Institutionen und ihrer Rechts- und Wirtschaftssysteme gekennzeichnet waren.

Quelle: Libération. 17.04.2003. Paris. "Une réunification tant attendue à l'Est", auteur:Soulé, Véronique , p. 14.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/eine_im_osten_lang_ersehnte_wiedervereinigung_in_liberation_17_april_2003-de-419c4f35-c3cd-41f4-a81b-e2c444ec000e.html



Publication date: 06/01/2017

Eine im Osten lang ersehnte Wiedervereinigung

Die ehemaligen „Volksdemokratien“ haben hart um ihre Anerkennung gekämpft.

VÉRONIQUE SOULÉ

Der Vertrag, der gestern in Athen unterzeichnet wurde, krönt die mehr als zehn Jahre währenden Bemühungen der osteuropäischen Länder, ihre kommunistische Vergangenheit abzuschütteln und dem demokratischen Lager wieder beizutreten. Ungeachtet der im Laufe der Verhandlungen mit Brüssel erlebten Enttäuschungen besiegelt der Vertrag – nach 45 Jahren unter sowjetischer Herrschaft – die von Europa lang ersehnte Wiedervereinigung und schließt dadurch ein schmerzvolles Kapitel der Geschichte.

Die wiedergefundene Freiheit. Von Warschau bis Prag, über Budapest und Vilnius ist die „Rückkehr nach Europa“ einer der Hauptslogans der friedlichen „Revolutionen“, die nach dem Fall der Berliner Mauer 1989 nacheinander stattfanden. Während die kommunistischen Regime – ihrer Legitimität beraubt – eines nach dem anderen praktisch widerstandslos fallen, träumten die Bevölkerungen bereits davon, ihre westlichen Verwandten wiederzusehen, von denen sie ungerechterweise getrennt worden waren. Die Bevölkerung im Westen, die auf ihren Fernsehbildschirmen die Massen und ihren Jubel um die wiedergefundene Freiheit verfolgen, ist bewegt. Überall scheint die Wiedervereinigung des Kontinents eine Selbstverständlichkeit, ein einfach zu erreichendes Ziel zu sein.

Die Bevölkerungen der jungen Demokratien im Osten sind die ersten, deren Euphorie abklingt. Anfangs noch überzeugt, sie würden mit offenen Armen empfangen werden, wird ihnen nun bewusst, dass der Prozess nicht ganz so einfach sein wird und dass die anfängliche Begeisterung auf der anderen Seite einer Gleichgültigkeit und sogar einem gewissen Misstrauen gewichen ist. Man muss zugeben, dass diese Bewerber, die an die Tore Europas klopfen, arm sind. Hinter den gigantischen Kombinat und anderen Sowchosen (staatlichen landwirtschaftlichen Betrieben) verstecken sich veraltete Technologien, die Arbeit ist kaum produktiv und die gängigen Konsumgüter sind schlicht überholt. Die Neankömmlinge kündigen sich als schwere Bürde an.

Strenge Kriterien. Nachdem die Fünfzehn der Erweiterung im Prinzip grünes Licht gegeben haben, legen sie nun die Spielregeln für die Anwärterstaaten fest. Die „Kriterien“, an denen ihre Fortschritte bemessen werden, sind streng. Sie müssen sich zu lebensfähigen Demokratien mit funktionierenden Institutionen – Parlament, Justiz, Verwaltung ... – umwandeln. Gleichzeitig wird von ihnen verlangt, die Marktwirtschaft einzuführen, was mit Umstrukturierungen und massenhaften Konkursen einhergeht. Schließlich müssen sie ihre Gesetzgebung an den berühmten „*gemeinschaftlichen Besitzstand*“ anpassen, was die Verabschiedung Tausender Gesetze bedeutet. Um ihnen zu helfen, entsendet Brüssel Armeen von Fachleuten und bietet Finanzierungsprogramme an.

Mittlerweile sind beide Seiten realistischer geworden. Die Fünfzehn schätzen das zukünftige Gewicht dieser Mitglieder ab, die zum Zeitpunkt ihres Beitritts immer noch ärmer sein werden, als es Spanien oder Portugal bei ihrem Beitritt waren. Gewisse Kreise machen sich bereits Sorgen um die Kosten für diese Erweiterung und die Perspektive, den Geldsegen der der Gemeinschaft teilen zu müssen. Auf der anderen Seite beklagen sich die Kandidatenländer über den „*Egoismus*“ der Mitgliedstaaten und fühlen sich ungerecht behandelt. Bisher neigten sie eher dazu, ihren Beitritt als etwas anzusehen, das ihnen zusteht, als einen Akt der historischen Gerechtigkeit, der sie für das erlittene Unglück entschädigt.

Finanzen statt Visionen. So ist nach und nach ein Missverständnis entstanden. Indem bei den Verhandlungen finanzielle Aspekte im Vordergrund standen, haben die Fünfzehn das politische Vorhaben Europas außen vor gelassen und somit die bei den Anwärtern weit verbreitete Sicht gefördert, die ausschließlich den Nutzen der EU unterstreicht. Da sie nun aber kurz vor dem Ziel stehen, wollen die ehemaligen „Volksdemokratien“ sich ihr Glück nicht entgehen lassen. Dank des Erfolgs ihrer Reformen kann ihnen niemand absprechen, dass sie sich ihren Platz in Europa verdient haben.